



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Außenpolitik	7
4.	Türkische Zyprioten	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitik.....	8
	Außenpolitik	9
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -
www.fescyprus.org
www.facebook.com/FEScyprus

1. Das Zypernproblem

Im Mai wurden die Verhandlungen über eine Lösung der Zypernfrage nach einer siebenmonatigen Unterbrechung wieder aufgenommen. Die Friedensgespräche waren im Oktober 2014 ausgesetzt worden, nachdem die griechisch-zypriotische Seite als Reaktion auf die Entsendung des türkischen Forschungsschiffes „Barbaros Hayrettin Pasa“ und dessen Eindringen in die ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) Zyperns den Verhandlungstisch verlassen hatte. Während des gesamten Monats fanden eine Reihe von gesellschaftlichen Veranstaltungen und Treffen auf höchster Ebene zwischen den türkisch- und griechisch-zypriotischen Volksgruppenvertretern und deren Verhandlungsführer statt, wodurch sich ein erneuter Optimismus hinsichtlich einer Lösung entwickelte und am Monatsende in der Ankündigung von vertrauensbildenden Maßnahmen resultierte. Dieses positive politische Klima wurde hauptsächlich durch die Wahl des als moderat geltenden Politikers Mustafa Akinci zum Präsidenten der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ)¹ genährt. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen scheinen eben-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

falls eine wichtige Rolle bei diesem erneuten Anlauf zu einer Lösung der Zypernfrage zu spielen.

Das Büro des türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreters Mustafa Akinci gab in einem Schreiben die Ernennung von Außenminister Ozdil Nami zum Verhandlungsführer für die anstehenden Gespräche in der Zypernfrage bekannt. „Mit seinen klaren Vorstellungen, was eine EU-Mitgliedschaft und die Lösung der Zypernfrage betrifft, kann Herr Nami, der bereits unter meiner Vorgängerregierung das Amt des Verhandlungsführers inne hatte, einen ernsthaften Beitrag zum Gelingen der Friedensgespräche leisten“. Nach der offiziellen Amtsübernahme von seinem Vorgänger Ergun Olgun, trat Nami am 4. Mai von seinem Amt als Außenminister zurück. Der Lebenslauf des neuen Verhandlungsführers ist auf der folgenden Webseite zu finden: <http://kktcb.org/content01.aspx?id=4&sayfa=27&select=1&lang=en>. Des Weiteren ernannte Akinci Gurdal Hudaoglu zu seinem Staatssekretär, Cenk Gurcag zu seinem persönlichen Assistenten und Baris Burcu zu seinem Sprecher.

Am 6. Mai reiste Mustafa Akinci in die Türkei und führte Gespräche mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, Premierminister Ahmet Davutoglu sowie Außenminister Mevlut Cavusoglu. Trotz der heftigen Debatte zwischen Erdogan und Akinci Ende April über die Art der Beziehung zwischen der Türkei und der TRNZ, legten beide Politiker während einer gemeinsamen Pressekonferenz Einigkeit an den Tag. Akinci machte deutlich, dass die türkisch-zypriotische Seite bei Lösung der Zypernfrage

den Dialog und die Zusammenarbeit mit der Türkei suchen werde.

Am 11. Mai nahmen der griechisch-zypriotische Präsident Nicos Anastasiades und der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci an einem von dem UN-Sonderbeauftragten für Zypern, Espen Barth Eide, ausgerichteten Abendessen im Ledra Palace Hotel teil. Nach dem Abendessen gab Eide bekannt, dass die Gespräche zur Lösung der Zypernfrage am 15. Mai wieder aufgenommen würden. Neben den beiden Volksgruppenvertretern waren auch die griechisch- und türkisch-zypriotischen Verhandlungsführer, Andreas Mavroyiannis bzw. Ozdil Nami, sowie die UN-Sondergesandte in Zypern, Lisa Buttenheim, anwesend.

Während des Treffens am 15. Mai vereinbarten Anastasiades und Akinci die Ausarbeitung vertrauensbildender Maßnahmen zum Nutzen beider Bevölkerungsgruppen. Ein Schritt in diese Richtung ist die Abschaffung des Visaformlars an den Grenzübergängen, der bisher am türkisch-zypriotischen Kontrollposten ausgefüllt werden musste, wollte man in den Norden gehen. Des Weiteren übergab Anastasiades an Akinci eine Karte, auf welcher 28 Minenfelder, die 1974 von der griechisch-zypriotischen Armee im Pentadaktylos-Gebirge angelegt wurden, markiert sind. Die beiden Politiker vereinbarten außerdem, sich mindestens zwei Mal pro Monat zu treffen. Das nächste Gespräch wurde für den 28. Mai festgelegt. Die türkisch- und griechisch-zypriotischen Verhandlungsführer, Ozdil Nami bzw. Andreas Mavroyiannis, wurden von ihrer jeweiligen politischen Führung damit

beauftragt, eine Liste mit vertrauensbildenden Maßnahmen auf der unteren politischen Ebene anzufertigen und regelmäßige Treffen abzuhalten. Die Wiederaufnahme der Gespräche wurde von der internationalen Gemeinschaft, dem UN-Sicherheitsrat und Generalsekretär Ban Ki Moon sowie dem amerikanischen Vize-Präsidenten Joe Biden und den Regierungen Großbritanniens, Griechenlands und der Türkei positiv aufgenommen.

Ebenfalls am 15. Mai stellten die zypriotische Handels- und Industriekammer CCCI und die türkisch-zypriotische Handelskammer KTTO ein bikommunales Praktikumsprogramm vor, welches das Ziel verfolgt, einen grenzüberschreitenden Austausch als Teil einer Kampagne zu ermöglichen, die jungen arbeitslosen griechischen und türkischen Zyprioten Praktikumsplätze vermitteln soll.

Derweil haben am 16. Mai die Mitglieder der griechisch-zypriotischen Gruppe „Famagusta – unsere Stadt“ und die Teilnehmer der türkisch-zypriotischen „Famagusta-Initiative“ gemeinsam die Öffnung des Grenzüberganges in Dherynia bei Famagusta gefordert, den sie als „Straße der Rückkehr“ bezeichneten. In einer gemeinsam verfassten Erklärung betonten beide Gruppen, dass die Öffnung des Grenzüberganges die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen fördern und somit Vertrauen und Frieden in Zypern schaffen könne.

Am 26. Mai besuchte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu Nordzypern, um sich mit Akinci zu treffen. Cavusoglu sprach im

Namen der Türkei, als er die Wiederaufnahme der Friedensgespräche begrüßte. Die Zypernfrage könne noch dieses Jahr gelöst werden, wenn beide Seiten dazu entschlossen seien. Er betonte auch, dass die Frage der Garantiemächte derzeit nicht zur Diskussion stünde, sondern in der Endphase der Verhandlungen auf einem Treffen mit den drei Garantiemächten (Großbritannien, Türkei und Griechenland) und den türkischen und griechischen Zyprioten verhandelt werden solle. Am 27. Mai vertrat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan vehement den Standpunkt, dass die Türkei ihre Garantierechte in Zypern nicht aufgeben werde und die EU keine Garantiemacht in Zypern sein könne. Diese Bemerkungen stehen im Zusammenhang mit der von Griechenland und den griechischen Zyprioten vertretene Hoffnung, dass es in Zypern zukünftig keine Notwendigkeit mehr für die Anwesenheit der Garantiemächte geben wird. Erdogans harte Position muss im Kontext der bevorstehenden Parlamentswahlen in der Türkei gesehen werden.

Am 28. Mai gaben Anastasiades und Akinci im Anschluss ihres zweiten Treffens fünf vertrauensbildende Maßnahmen bekannt:

- Die Öffnung weiterer Grenzübergänge, beginnend mit Lefka-Aplici im Westen und Dheryneia im Osten. Zudem wurden weitere Übergänge dem dafür zuständigen Komitee vorgeschlagen.
- Es wurde vereinbart praktische Schritte zu der Verbindung beider Elektrizitätsnetze einzuleiten.

- Außerdem soll Kompatibilität beider Mobilnetze angestrebt werden. Beide Politiker wollen die jeweiligen technischen Komitees für Wirtschafts- und Handelsangelegenheiten damit beauftragen Lösungsvorschlägen einzubringen.
- Interferenzen bei den Radiofrequenzen sollen behoben werden.
- Um das Zypernproblem umfassend zu lösen, müssen die Belange von Männern und Frauen gleichermaßen berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck vereinbarten die beiden Politiker die Schaffung eines Gleichstellungskomitees.

Des Weiteren waren die beiden Politiker der Meinung, dass die humanitäre Frage der vermissten Personen höchste Priorität habe.

Weitere Treffen wurden für den 17. und 29. Juni sowie den 10. und 27. Juli festgesetzt.

Im Mai gaben die Truppen der Vereinten Nationen in Zypern (UNFICYP) die Entsendung eines Teams zur Minenräumung in ein Gebiet innerhalb der Pufferzone in der Nähe von Mammari, einem Dorf westlich von Nikosia, bekannt.

2. Gasvorkommen

Hinsichtlich der Gasvorkommen und deren Erschließung gibt es keine relevanten neuen Entwicklungen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 14. Mai verabschiedete das Parlament die Gesetze zur Regulierung der zur Zwangsversteigerung stehenden Immobilien, welche wiederum eine Voraussetzung für das Inkrafttreten der Gesetze zur Zwangsentziehung sind. Das Inkrafttreten der Gesetze wurde durch die Opposition hinausgezögert, welche die Einführung der Gesetze bis zur Schaffung eines Insolvenzrahmengesetzes zum Schutz gefährdeter Gruppen suspendieren wollte. Die Gesetze wurden mit 33 Stimmen von DISY, DIKO, EDEK, EVROKO und 21 Gegenstimmen von AKEL, den Grünen und dem unabhängigen Abgeordneten Zacharias Koulias verabschiedet.

In der Zwischenzeit hat die Troika² ihre sechste Überprüfung des zypriotischen Rettungsprogrammes abgeschlossen. Die Überprüfung bedarf noch der Zustimmung durch die EU und den IWF. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Auszahlung der nächsten Tranche am 16. Juni erfolgt. Hinsichtlich des zypriotischen Anpassungsprogrammes betonte die Troika, dass noch weitere Maßnahmen notwendig seien, um die Anzahl der faulen Kredite zu reduzieren. Dies beinhaltet auch die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens, um den Verkauf von Krediten zu erleichtern. Die internationalen Geldgeber forderten die Regierung außerdem dazu auf, die „strukturelle Reformdynamik“

aufrecht zu erhalten und wiesen darauf hin, dass die Reformen des öffentlichen Dienstes ein zentraler Punkt seien. Außerdem machte die Troika deutlich, dass die schnellstmögliche Umsetzung des Privatisierungsprogrammes notwendig sei, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern, Investitionen anzuziehen und die öffentliche Verschuldung zu verringern. Daraufhin schlug AKEL vor, die Privatisierungen bis 2017 zu suspendieren oder zu verzögern.

Nach der von der Troika vorgenommenen Bewertung gab Finanzminister Harris Georgiadis bekannt, dass die internationalen Geldgeber den Vorschlag Zyperns, den neuen Insolvenz- und Zwangsvollstreckungsmechanismus zunächst auf seine Effektivität hin zu testen, akzeptiert hätten. Georgiadis zufolge würden die Gesetze überprüft und gegebenenfalls korrigiert, falls dies notwendig sei. Als jedoch am 25. Mai im Parlament über zwei von der EDEK vorgeschlagene Ergänzungen beraten wurde, warnte der Finanzminister davor, dass Änderungen bei den Zwangsvollstreckungsgesetzen Zyperns Rettungsprogramm negativ beeinflussen könnten und schlug stattdessen vor, die Gesetze zunächst anzuwenden und wiederholte seinen Standpunkt, dass Änderungen vorgenommen würden, wenn sie denn notwendig erschienen.

Die von dem Abgeordneten der EDEK Nicos Nicolaidis vorgelegten Änderungsvorschläge hinsichtlich der Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzgesetze beinhalten folgende Punkte:

- Der Wert der Immobilie zum Zeitpunkt der ursprünglichen mit der Bank gemachten

² Die Troika besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Kommission.

Kreditvereinbarung muss während der Zwangsversteigerung berücksichtigt werden. Der Kreditnehmer soll auch eine Neubewertung veranlassen können, wenn der Marktpreis der Immobilie höher als der ursprünglich angesetzte Wert sein könnte.

- Im Falle einer Zwangsversteigerung sollen die Bürgen ausgeschlossen werden, oder es soll die Möglichkeit bestehen, dass der ausstehende Betrag gleichmäßig unter den Bürgen aufgeteilt wird, wenn der Kreditnehmer zahlungsunfähig ist.

Innenpolitische Entwicklungen

Der amerikanische Botschafter John Koenig war von der Regierung und sämtlichen Parteien heftig für seine Aussage kritisiert worden, dass der Kern des Zypernproblems nicht eine Frage von Invasion und Besetzung durch die Türkei sei. Die mit Kritik belegte Aussage bei der Bewertung der Zypernfrage muss jedoch in einem größeren Zusammenhang gesehen werden. Demzufolge sagte Koenig, dass „die Zypernfrage natürlich schon vor 51 Jahren begann und dass die Situation 1974 eine unglückliche Wendung nahm; ich will die nachfolgenden Ereignisse in keiner Weise rechtfertigen, aber man kann das Problem nicht auf die türkische Invasion und Besetzung reduzieren. Dies wäre eine Negierung der eigenen Geschichte.“ Koenig machte diese Äußerung am 27. Mai während einer von der University of Cyprus organisierten öffentlichen Diskussionsveranstaltung.

Die bikommunale anti-Atomkraft Plattform Zyperns, die sich aus Umweltorganisationen aus

Zypern, Griechenland und der Türkei zusammensetzt, bündelten am 9. Mai ihre Kräfte um gegen den Bau einer Atomanlage an der Südküste der Türkei zu protestieren. Die Plattform organisierte eine Konferenz in der Pufferzone, um die durch den Bau einer Atomanlage entstehenden negativen Folgen für die Mittelmeerregion zu diskutieren. Am Ende der Konferenz unterzeichneten die Teilnehmer eine an die Türkei gerichtete Aufforderung, die Pläne für den Bau einer Atomanlage aufzugeben.

Am 6. Mai vereinbarten die Vorsitzenden der beiden der politischen Mitte angehörenden Parteien, DIKO und EDEK, Nicholas Papadopoulos bzw. Marinos Sizopoulos, als Reaktion auf die Wiederaufnahme der Friedensgespräche eine Stärkung ihrer Zusammenarbeit im Hinblick auf die Zypernfrage. Ein Tag zuvor hatte EDEK damit begonnen, an einer Neudefinierung ihrer Haltung bezüglich des Zypernproblems zu arbeiten. Demnach lehnt die Partei eine bizonale, bikommunale Föderation als ein mögliches Modell zur Lösung der Zypernfrage ab, da diese auf „rassistischen Prämissen“ beruhe. Die Mitglieder der EDEK werden auf einem für den 14. Juni festgesetzten Parteitag über die Annahme dieser neuen Position abstimmen. Derweil kündigte der bekannte Hardliner Marios Matsakis seinen Wiedereintritt in die DIKO an, nachdem eine Reihe führender DIKO-Mitglieder eine weniger dogmatische Haltung bei der Zypernfrage eingenommen hatten und in der Wahl von Akinci eine Chance zur Lösung des Problems sahen. Diese Gruppe beinhaltete u.a. den ehemaligen Parteivorsitzenden Marios Garoyian, den stellvertretenden Vorsitzenden Christos Patsalides

und die Abgeordnete Athina Kyriakidou. Sowohl EDEK wie auch DIKO vertreten traditionell eine unnachgiebige Position in der Zypernfrage.

Am 15. Mai setzte AKEL die Mitgliedschaft von Nicos Katsourides auf unbestimmte Zeit aus. Katsourides Name war in den Schlagzeilen im Zusammenhang mit einem Skandal um Landverkäufe in Dromolaxia geraten. Es ging dabei um einen Betrug, in dessen Verlauf türkisch-zypriotisches Land an den Rentenfond des staatlichen Telekom-Unternehmens CyTA verkauft und ein Bürogebäude zu einem überhöhten Preis errichtet wurde.

Außenpolitik

Am 9. und 10. Mai nahm Präsident Anastasiades an einer Reihe von Treffen auf höchster politischer Ebene mit dem russischen Präsidenten Putin und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping teil. Anastasiades war anlässlich der Feiern zum 70. Jahrestag des Kriegsendes in Moskau. Bei den Gesprächen wurden u.a. die bilateralen Beziehungen und das Zypernproblem thematisiert. Der zypriotische Präsident hatte auch die Gelegenheit zu einem Treffen mit dem UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, bei dem ausschließlich das Zypernproblem besprochen wurde.

Die Regierung begrüßte am 18. Mai die Ergebnisse des EU-Assoziationsrates für die Türkei, denen zufolge die EU sehr klare Vorstellungen darüber hat, wie Ankara die Zyperngespräche innerhalb der UN-Rahmenbedingungen und in Übereinstimmung mit den vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen sowie den

Gründungsprinzipien der EU aktiv unterstützen kann. Der Assoziationsrat traf sich in Brüssel, um die Beziehungen der EU mit der Türkei zu evaluieren.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Einem türkisch-zypriotischen Zeitungsbericht zufolge lag der Umfang der von der Türkei an die „TRNZ“ geleisteten Transferzahlungen in dem Zeitraum zwischen 2006 und 2015 bei 8,95 Milliarden Türkischen Lira (TL) (2,95 Milliarden Euro). Das bilaterale Handelsvolumen nahm zwischen 2005 und 2014 um 60% zu und erreichte 1,3 Milliarden TL (428 Millionen Euro).

Die staatliche Planungsabteilung geht von einem Wachstum des türkisch-zypriotischen BIB von 4,5% für 2015, 3,6% für 2016 sowie 3,8% für 2017 aus. Die Inflationsrate soll dieses Jahr bei 3,3%, 2016 bei 4,6% und 2017 bei 4,5% liegen.

Auf einer vom Ministerium für Arbeit und Sozialversicherung organisierten Konferenz über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, sagte Minister Aziz Gurpinar, dass im Vergleich zu den von der EU veröffentlichten Statistiken, die Anzahl von Arbeitsunfällen im Norden sehr hoch sei. In den letzten 20 Jahren wurden 250 – 260 Arbeitsunfälle registriert, was bedeute, dass durchschnittlich sechs Arbeitnehmer pro Jahr durch Unfälle am Arbeitsplatz ums Leben kommen. Gurpinar fügte hinzu, dass

noch viel zu tun sei, und erinnerte daran, dass sein Ministerium ein sechs Punkte umfassendes Paket mit Vorschlägen zu Vorsichtsmaßnahmen bei der Vermeidung von Arbeitsunfällen ausgearbeitet habe. Das Ministerium werde alles unternehmen, um die Standards im Norden Zyperns auf EU-Niveau zu bringen.

Innenpolitik

Akinci informierte die aus im Parlament vertretenen Parteivorsitzenden und Abgeordneten bestehende parlamentarische Plattform über die Entwicklungen im Verhandlungsprozess.

Am 20. Mai trat der Parteivorsitzende der Democratic Party – National Forces, Serdar Denktasch, von seinem Amt als stellvertretender Premierminister und Minister für Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Sport zurück. Zuvor begründete er auf einer Pressekonferenz seine Entscheidung mit einem nicht funktionierenden politischen System und dem Verhalten von den Vertretern der Türkei in Zypern. Seiner Meinung nach funktioniere das System nicht mehr und sei nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen nach demokratischen Verhältnissen zu befriedigen. Das Parlament, die Abgeordneten und die Minister seien diskreditiert und die Bevölkerung habe das Vertrauen in den Staat verloren. Als eine erste Maßnahme zur Lösung des Problems schlug er die Trennung von legislativen und exekutiven Institutionen vor. Die Beziehungen mit der Türkei betreffend sagte Denktasch, dass die Beschwerden nicht gegen das Verhalten der Türkei, sondern gegen das Auftreten und die Herangehensweise der

Vertreter der Türkei in der „TRNZ“ gerichtet seien. Was er damit sagen wolle, ist, dass keiner der von der Türkei abgestellten Bürokraten über dem demokratischen Willen der türkisch-zypriotischen Bevölkerung stehe. Diese Aussage richtete sich vor allem gegen den Ausschuss für Finanzhilfe, der Teil der türkischen Botschaft im Norden Zyperns ist, und welcher dem Vernehmen nach mehr Macht als das Parlament innehat. Unter diesen Umständen, so Denktasch, mache es für ihn keinen Sinn, weiterhin seinen Pflichten in der Regierung nachzugehen.

Denktasch gab außerdem bekannt, dass der Zusatz „National Forces“ nicht mehr im Parteinamen erscheinen werde. In der Zwischenzeit ernannte die DP Mentos Gunduz zum neuen stellvertretenden Premierminister und Minister für Wirtschaft, Tourismus, Kultur und Sport.

Im Zusammenhang mit Denktaschs Rücktritt sagte der türkische Minister für EU-Angelegenheiten Volkan Bozkir, dass der Vater von Serdar Denktasch, der vor einigen Jahren verstorbene Rauf Denktasch, ein Held der „TRNZ“ und ein wichtiger Name in der Geschichte Zyperns sei. Rauf Denktasch sei jedoch auch der Grund dafür gewesen, dass es zu keiner Lösung des Zypernproblem gekommen sei. Über die Jahre hinweg und in jenen Phasen, als eine Lösung möglich erschien, habe er sich jedes Mal gegen eine Lösung ausgesprochen. Man könne sagen, dass Serdar seinem Vater in nichts nachstehe und die gleichen Ansichten vertreten habe. Daher habe er seinen Rücktritt zur richtigen Zeit eingereicht, nun da die Verhandlungen wieder aufgenommen worden seien und eine Möglichkeit zur Lösung der

Zypernfrage bestehe. Bozkir gab auch seiner Hoffnung Ausdruck, dass eine Lösung bis September oder kurz danach gefunden werden könne, welche es der Türkei ermöglichen werde, einige der eingefrorenen Kapitel im EU-Beitrittsprozess wieder zu eröffnen. Denktasch reagierte sehr heftig auf Bozkirs Bemerkungen und bezeichnete sie als „einen riesigen politischen Fauxpas“. Er könne nicht verstehen, warum ein türkischer Minister so etwas sage, wenn doch noch zwei weitere Präsidenten, nämlich Mehmet Ali Talat und Derwisch Eroglu, auf Denktasch gefolgt seien, und es immer noch keine Lösung gebe.

Der ehemalige türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mehmet Ali Talat gab offiziell bekannt, dass er auf einem Sonderparteitag am 14. Juni für den Vorsitz der Republican Turkish Party – United Forces (CTP – BG) antreten werde. In einer Stellungnahme gab Talat an, dass er sich für den Vorsitz bewerbe, um in den Bemühungen der Partei eine Vorreiterrolle bei einem von der türkisch-zypriotischen Bevölkerung gewünschten Wechsel aktiv zu unterstützen. In seinem 25 Punkte umfassenden Grundsatzzprogramm mit dem Titel „Ein neues Kapitel für die CTP“ favorisiert Talat eine basisdemokratische Ausrichtung und eine alle Mitglieder einbeziehende Parteidisziplin. Zudem sei es von höchster Priorität, die Bemühungen für eine bizonale, bikommunale und föderale Lösung, welche auf politischer Gleichstellung beider Bevölkerungsgruppen beruht, aktiv zu unterstützen. Zudem sei es wichtig, die vertrauensbildenden Maßnahmen umzusetzen, ohne das Ziel einer umfassenden Lösung aus den Augen zu verlieren.

Talat wird gegen den relativ unbekanntem Leiter des Parteibüros in Gaziveren, Yasar Oduncuoglu, antreten. Neben der Wahl für den Parteivorsitz, werden auf dem Parteitag 121 Kandidaten für 40 Sitze in der Parteiversammlung kandidieren.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (TDP), Cemal Ozyigit, gab bekannt, dass auf dem nächsten Parteitag am 28. Juni eine Änderung der Parteisatzung beschlossen werde. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte Ozyigit, dass die Menschen ihren Wunsch nach Veränderung klar zum Ausdruck gebracht hätten und die TDP eine Vorreiterrolle einnehmen wolle.

Außenpolitik

In seiner Funktion als Außenminister stattete Ozdil Nami seinen letzten Besuch in Berlin ab und knüpfte Kontakte im Bundeskanzleramt und dem Bundestag. Während seines Besuches stand vor allem der Verhandlungsprozess in der Zypernfrage auf der Tagesordnung.

Nach seinem Treffen mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Philipp Missfelder, führte Nami Gespräche mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union, Günther Krichbaum (CDU/CSU). Danach traf sich Nami mit dem SPD-Sprecher für EU-Angelegenheiten, Norbert Spinrath, und Heinz Joachim Barchmann (SPD), dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für EU-Angelegenheiten. Des Weiteren traf er Cem Ozdemir, den Mitvorsitzenden der Grünen.

Während einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Eine neue Verhandlungsrunde in einer realistischeren Atmosphäre“ der Stiftung Wissenschaft und Politik konnte sich Nami mit deutschen Regierungsvertretern, Akademikern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen austauschen.

Während seines Besuches brachte Nami seine Hoffnung zum Ausdruck, was die neue Verhandlungsrunde betrifft und sagte, dass eine Lösung bis Jahresende möglich sei, wenn der Prozess beschleunigt werde und beide Seiten den notwendigen politischen Willen an den Tag legten.

Nami wies auch darauf hin, dass die EU eine Haltung eingenommen habe, welche die Belange der türkischen Zyprioten berücksichtige. Dies sei hilfreich bei der Schaffung eines Gleichgewichts zwischen beiden Seiten und wirke sich positiv auf die Verhandlungen aus. Des Weiteren betonte Nami, dass die Unterstützung Deutschlands und anderer EU-Länder in dieser Hinsicht äußerst wichtig sei.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Juni

Samstag 13.06.2015, 9.30 – 13 Uhr

NCA / UNIC / FES

Konferenz

Socio-political Conference on “Cypriot Collective Identities and our Common Future State”

UNESCO Amphitheater, University of Nicosia
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Montag 22.06.2015

FES

Konferenz

Trade Unions in Cyprus, Common Challenges Ahead

Chateau Status (Pufferzone)
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

Programm in Englisch, Griechisch und Türkisch über unsere Web-Seite und auf Facebook verfügbar

Juli

Montag 19.-31.07.2015

ECPR / IAPCS / FES
Workshop

**International Summer School in Peace &
Conflict Studies: State Fragmentation, Regional
Crises & War Endings**

University of Cyprus & Home for Cooperation,
Nikosia, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis
Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute
Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com